



Programm des IGB

*(Verabschiedet beim Gründungskongress des IGB
Wien, 1 - 3. November 2006)*

1. Die Delegierten, die 168 Millionen Mitglieder von 304 Gewerkschaftsdachverbänden auf nationaler Ebene in 153 Ländern und Hoheitsgebieten beim Gründungskongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) vom 1. - 3. November 2006 in Wien vertreten, verpflichten sich dazu, im Geiste der Solidarität, der Demokratie und der Gleichstellung zusammenzuarbeiten, um den Bund zum Instrument eines neuen gewerkschaftlichen Internationalismus zu machen, fähig, die in dieser Satzung dargelegten Ziele zu erreichen.
2. Der Kongress verschreibt sich der Aufgabe, Armut, Ausbeutung, Unterdrückung und Ungleichheit zu bekämpfen, die für die Wahrnehmung der universellen Menschenrechte erforderlichen Bedingungen zu schaffen und die wirksame Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit zu unterstützen. Er ist sich bewusst, dass er, um erfolgreich zu sein, die Arbeitsmethoden der internationalen Gewerkschaftsbewegung den Herausforderungen und Möglichkeiten der Globalisierung anpassen, internationale Gewerkschaftsaktionen zu einem integralen Bestandteil der Gewerkschaftsarbeit auf nationaler Ebene machen und weltweite Unterstützung für seine Ziele mobilisieren muss.
3. Der Kongress weist den Generalsekretär an, die in dieser Entschliebung dargelegte Politik umzusetzen und dabei Lobby-, Mobilisierungs- und Kampagnenarbeit miteinander zu verbinden und eng mit seinen Partnern im Global-Unions-Rat zusammenzuarbeiten. Er fordert alle Mitgliedsorganisationen auf, die gemeinsame Verantwortung - Solidarität zu globalisieren - in aktiver, engagierter und aufmerksamer Weise zu erfüllen.
4. Die in dieser Entschliebung enthaltene Politik stützt sich auf die reiche Sammlung bereits vorhandener Strategien und Erfahrungen aller IGB-Mitgliedsorganisationen, einschließlich der Beschlüsse des 18. IBFG-Weltkongresses (Miyazaki, Japan, 5. -10. Dezember 2004), des 26. WVA-Kongresses (Houffalize, Belgien, 21. - 23. November 2005) sowie der zuvor nicht angeschlossenen Organisationen, die ebenfalls Mitglieder des IGB werden.

Die Globalisierung verändern

5. Der Kongress verpflichtet den IGB zu einer fundamentalen Änderung der Globalisierung, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeitslosen und die Armen davon profitieren können. Es ist unerlässlich für die Erreichung der dauerhaften Ziele des Bundes, dass die Politik des freien Marktes und des Neoliberalismus und

die offenkundigen Versäumnisse sowie die Inkohärenz der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich des derzeitigen Globalisierungsprozesses einer verantwortungsvollen Lenkung der globalen Wirtschaft weichen, die:

- die drei Säulen - die wirtschaftliche, die soziale und die ökologische - miteinander verbindet;
- die universelle Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte sicherstellt;
- menschenwürdige Arbeit für alle schafft;
- Massenarmut beendet und die Ungleichheiten innerhalb von und zwischen einzelnen Nationen beträchtlich abbaut;
- für Wachstum und eine gerechte Einkommensverteilung sorgt.

6. Der Kongress beauftragt den IGB, einen weltweiten Aktionstag zu organisieren, um internationale Sofortmaßnahmen zu fordern, damit eine Agenda für eine neue Globalisierung festgelegt und umgesetzt wird, einschließlich der IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit sowie, als Minimum, der umfassenden Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele der UN. Angesichts des inakzeptablen Ausmaßes der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung muss die Erreichung von Vollbeschäftigung und von menschenwürdiger Arbeit für alle im Mittelpunkt dieser internationalen Aktion stehen. Die Industrieländer müssen ihre offizielle Entwicklungshilfe ohne weitere Verzögerungen erhöhen, um das UN-Ziel von 0,7% des Bruttosozialproduktes zu erreichen, und sie müssen entschiedene Maßnahmen ergreifen, um die Tragödie der Verschuldung der Entwicklungsländer zu beenden, u.a. durch den Erlass ihrer Schulden, vor allem derjenigen am wenigsten entwickelten Länder, die die Menschenrechte achten, durch die Verlagerung der Ressourcen in Richtung auf soziale Investitionen und die Einführung eines fairen und transparenten internationalen Schiedsverfahrens für den Umgang mit Schulden und für eine Umschuldung, einschließlich einer Überprüfung öffentlicher und privater Schulden, um die jeweiligen Zuständigkeiten von Gläubigern und Schuldern festzustellen.

7. Die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten und der Kampf für eine Umverteilung stehen im Mittelpunkt der Entwicklung eines neuen Globalisierungsmodells. Es bedarf einer internationalen Steuer auf Devisentransaktionen, sowohl um die Entwicklung zu finanzieren als auch um spekulative Kapitalbewegungen mit ihren katastrophalen sozialen Folgen zu begrenzen.

8. Die Bereitstellung qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienste für alle Menschen muss im Mittelpunkt dieses neuen Globalisierungsmodells stehen. Die Regierungen haben die Pflicht, das Recht auf Bildung und einen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheits- und anderen wesentlichen Diensten zu garantieren, einschließlich sauberen Wassers und sanitärer Anlagen. Lebenslange Bildung für alle als Realität ist der Schlüssel zu einer Beteiligung an der Wissensgesellschaft.

9. Die wirksame und demokratische Lenkung der globalen Wirtschaft erfordert eine grundlegende Reform der relevanten internationalen Organisationen, vor allem des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO). Ihre Entscheidungsprozesse müssen transparenter und demokratischer und ihre kollektiven politischen Positionen müssen kohärenter werden. Gleichzeitig müssen alle Organisationen erkennen, dass die Menschenrechte Vorrang vor finanziellen, kommerziellen oder wirtschaftlichen Regulierungsmaßnahmen haben. Die Regierungen müssen ihre Aufgabe, sie zu lenken und sie zu umfassender Kohärenz und zu einer rechenschaftspflichtigen Zusammenarbeit zu veranlassen, ernster nehmen, damit demokratisch beschlossene Ziele erreicht werden.

10. Der Kongress fordert den IGB auf, sich gemeinsam mit seinen Global-Unions-Partnern bei den Globalen Gewerkschaftsföderationen (GUF) und beim Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) bei der OECD dafür einzusetzen, dass internationale Organisationen auf die Gewerkschaftsziele reagieren, um entwicklungsrelevante, soziale, arbeitnehmerbezogene, ökologische und geschlechtsspezifische Überlegungen in ihre Arbeitsprogramme zu integrieren, und er sollte sie verurteilen und ihnen entgegenzutreten, falls bzw. wenn sie gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Armen verstoßen. Der Dialog mit diesen Institutionen ist erforderlich, um die benötigte tief greifende Veränderung ihrer Politik herbeizuführen.

11. Der IWF und die Weltbank führen weiterhin arbeitnehmer- und armenfeindliche Programme durch und unterstützen typischerweise Privatisierungen, die Liberalisierung des Handels und der Investitionen sowie eine Deregulierung des Arbeitsmarktes. In vielen Ländern haben sie die Möglichkeiten des Staates, für eine wirksame Lenkung zu sorgen, untergraben. Die internationalen Finanzinstitutionen müssen die vom IGB vorgeschlagenen Alternativen, die eine nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung fördern, anstatt sie zu untergraben, aufgreifen.

12. Seit ihrer Gründung ist die WTO das Instrument für ein unhaltbares Handelsliberalisierungsmodell gewesen, das die Ausbeutung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Entwicklungsungleichheiten, die Umweltzerstörung und geschlechtsbedingte Ungleichgewichte verschärft. Der Kongress ist sich bewusst, dass das internationale Handelssystem nicht entwicklungsfördernd ist und dass im Rahmen einer integrierten Anstrengung des gesamten multilateralen Systems dafür gesorgt werden muss, dass dies der Fall ist. Die Entwicklungsländer müssen über genügend Spielraum verfügen, um mit der Agenda für menschwürdige Arbeit vereinbare industrielle Entwicklungsstrategien im Inland verfolgen und uneingeschränkt an den Entscheidungsprozessen der WTO mitwirken zu können.

13. Der Kongress weist zudem auf die zwingende Notwendigkeit hin, dass die WTO soziale und arbeitsrelevante Fragen aufgreift und fordert sie auf, eine Arbeitsgruppe oder ein ständiges Arbeitsforum für die Bereiche Handel, soziale Entwicklung und Arbeitsnormen einzusetzen, unter umfassender Beteiligung der IAO. Der IGB muss auf die Aufnahme einer Arbeitnehmerrechtsklausel in die WTO-Statuten hinarbeiten, um zu erreichen, dass alle zwischen den einzelnen Ländern gehandelten Waren und Dienstleistungen im Einklang mit den Kernarbeitsnormen produziert und verteilt werden. Eine derartige Klausel wäre antiprotektionistisch, entwicklungsfördernd und ein unerlässliches Instrument für soziale Gerechtigkeit in einem offenen Welthandelssystem. Begleitet werden sollte sie von technischer Zusammenarbeit, um die Länder bei der umfassenden Einhaltung der Arbeitsnormen zu unterstützen.

14. All diese Anliegen sind bei regionalen und bilateralen Handels-, Investitions- und Kooperationsvereinbarungen gleichermaßen von Bedeutung. Der IGB muss derartige Vereinbarungen aufmerksam verfolgen und dafür sorgen, dass sie den Arbeitnehmerrechten angemessen Beachtung schenken und Klauseln enthalten, um ihre Wahrnehmung zu garantieren. Arbeitnehmerorganisationen sollten bei der Umsetzung solcher Vereinbarungen Beraterstatus haben.

15. Der Kongress bekräftigt, dass unerlässliche öffentliche Dienste, vor allem das Bildungs- und Gesundheitswesen, die Wasserversorgung, der öffentliche Nahverkehr und andere wesentliche Versorgungsbetriebe, von Verhandlungen über eine Handelsliberalisierung ausgeschlossen sein und die Regierungen das Recht behalten müssen, im öffentlichen Interesse regulierende und schützende Maßnahmen zu ergreifen.

16. Der Kongress unterstreicht die Notwendigkeit, dass die internationale Gemeinschaft eine übergreifende nachhaltige Entwicklungsstrategie verfolgt. Er fordert den IGB auf, die Verbindung zwischen Gesundheit und Umwelt uneingeschränkt in seine Arbeit zu integrieren, vor allem im Bereich von Aktionen am Arbeitsplatz, in den Unternehmen und auf nationaler Ebene zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit am Arbeitsplatz und der Arbeitsbedingungen, und indem Arbeitnehmerfragen uneingeschränkt in die Tätigkeiten der Kommission für Nachhaltige Entwicklung, der Weltgesundheitsorganisation und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen integriert werden. Er fordert ferner eine Beendigung nicht nachhaltiger Verbrauchspraktiken und eine Zusammenarbeit zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls zum UN-Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen.

Die Herausforderung multinationaler Unternehmen

17. Der Kongress ist sich bewusst, dass multinationale Unternehmen ein Hauptmotor der Globalisierung sind, weshalb eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit und die internationale Regulierung der Unternehmen immer notwendiger und dringender werden. Internationale Geschäftstätigkeiten und die sich verändernde Unternehmensorganisation bringen besondere Herausforderungen für die Achtung der Arbeitnehmerrechte mit sich. Die wirksame Wahrnehmung des Vereinigungsrechtes und des Rechtes auf Tarifverhandlungen wird immer schwieriger, da die Unternehmen die Androhung von Betriebsverlagerungen und ihre zunehmende Macht dazu nutzen, um die Arbeitsbedingungen zu diktieren und sich ihrer Verantwortung gegenüber den Beschäftigten und Gemeinwesen, der Gesellschaft und der Umwelt, in der sie leben, zu entziehen.

18. Der Kongress verurteilt die jüngste Welle unternehmerischer Fehlleistungen und Kriminalität sowie die ungebührliche Höhe der Zahlungen, die sich die Unternehmensspitzen selbst zugestanden haben. Er unterstreicht, dass die vorhandenen innerstaatlichen gesetzlichen und institutionellen Rahmenwerke zur Regulierung der Geschäftstätigkeiten immer weniger ausreichen und dass es dringend einer bindenden Regulierung sowie weiterer Tarifverträge zur Gewährleistung einer Rechenschaftspflicht und verantwortungsvollen Führung der Unternehmen bedarf. Die Unternehmen müssen für die sozialen, ökologischen und humanitären Auswirkungen ihrer Tätigkeiten in größerem Umfang haften, und die betroffenen Staaten und Parteien müssen die Möglichkeit haben, sie auf rechtllichem Weg zu belangen und Strafen zu verhängen.

19. Der Kongress weist den IGB daher an, sich für eine wirksame innerstaatliche und internationale Regulierung der Unternehmen einzusetzen, einschließlich der uneingeschränkten Einhaltung der Bestimmungen der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und der Dreigliedrigen Grundsatzerklärung der IAO über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik. Es darf nicht zugelassen werden, dass die soziale Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility - CSR) als Ersatz für die Rolle der Regierung und der Gewerkschaften dient. Der IGB sollte in der öffentlichen politischen Debatte über die soziale Verantwortung von Unternehmen eine Führungsrolle übernehmen, um sicherzustellen, dass derartige Initiativen eine Regulierung sowie Tarifverhandlungen und -verträge ergänzen. Innerstaatliche Arbeitsaufsichtssysteme sind ein integraler Bestandteil einer derartigen Regulierung und müssen gestärkt werden.

20. Der Kongress ist sich der Bedeutung eines globalen sozialen Dialogs bewusst und begrüßt den Abschluss globaler Rahmenvereinbarungen zwischen multinationalen Unternehmen und GUF, mit denen der IGB eng zusammenarbeiten muss, um sich in wirksamer Weise mit multinationalen Unternehmen auseinander zu setzen.

Die Gewerkschaftsrechte schützen und fördern

21. Der Kongress bekräftigt erneut, dass die universelle und uneingeschränkte Achtung der Gewerkschaftsrechte ein Hauptziel des IGB ist und dass die Globalisierung die Erreichung dieses Ziel noch dringlicher macht. Die Achtung der Gewerkschaftsrechte ist eine Vorbedingung für Gerechtigkeit am Arbeitsplatz, in der Gesellschaft und weltweit. Nur wenn sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer uneingeschränkt organisieren können und wenn sie in der Lage sind, freie Tarifverhandlungen zu führen, können sie einen gerechten Anteil an dem von ihnen produzierten Wohlstand einfordern und zu Gerechtigkeit, einem Konsens und Zusammenhalt in der Gesellschaft sowie zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Die - immer noch weit verbreitete - Verletzung der Gewerkschaftsrechte führt zu unlauterem Wettbewerb in der globalen Wirtschaft und muss sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus Menschenrechtsüberlegungen heraus verhindert werden: Unterdrückung an einem Ort stellt eine Bedrohung für die Freiheit überall dar. Die Ausbeutung von mehr als 50 Millionen Beschäftigten, hauptsächlich Frauen, in den Freien Exportzonen (FEZ) der Welt sind ein konkretes Beispiel dafür, wie die Regierungen dem Druck des unregulierten internationalen Wettbewerbs nachgeben, um die Gewerkschaftsrechte zu verweigern.

22. Der Kongress überträgt dem IGB die Verantwortung für die Bekämpfung von Gewerkschaftsrechtsverletzungen wo immer sie auftreten und ohne Unterschied, da er überzeugt davon ist, dass die Gewerkschaftsrechte ein integraler Bestandteil der Menschenrechte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen Ländern und unter allen Umständen sind. Er wird sich nicht von der Macht und von dem Einfluss derjenigen abschrecken lassen, die für Rechtsverstöße verantwortlich sind oder von ihnen profitieren, noch von den vorgeschobenen Argumenten, mit denen sie sich selbst zu rechtfertigen suchen. Der Kongress verurteilt die Straffreiheit, die despotischen und antidemokratischen Kräften und Regierungen häufig Gewerkschaftsrechtsverletzungen ermöglicht. Er fordert den IGB ferner auf, die Rolle der IAO beim Setzen und bei der Überwachung internationaler Normen zur Definition der Gewerkschaftsrechte, einschließlich des Rechtes auf grenzübergreifende Solidaritätsaktionen, zu fördern und zu verteidigen, ebenso wie ihre Führungsrolle im internationalen System, wenn es um die gemeinsame Verantwortung geht, für deren universelle Achtung zu sorgen. Er verpflichtet den IGB dazu, die sich in allen relevanten UN-Gremien, einschließlich des neuen Menschenrechtsrates, des ECOSOC und der Generalversammlung, bietenden Möglichkeiten so umfassend wie möglich zu nutzen.

Bekämpfung von Diskriminierung, Durchsetzung von Gleichstellung

23. Der Kongress verpflichtet den IGB zur Bekämpfung von Diskriminierung in all ihren Formen, damit Millionen Frauen und Männer, denen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Hautfarbe, ihrer Nationalität, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer geschlechtsspezifischen Identität, ihrer politischen Überzeugung, ihrer sozialen Herkunft, ihres Alters oder einer Behinderung Arbeitsplätze verweigert, die auf bestimmte Tätigkeiten beschränkt, denen berufliche Aufstiegsmöglichkeiten verwehrt, die geringer bezahlt, eingeschüchtert und belästigt

werden, unter gleichberechtigten, menschenwürdigen und gerechten Bedingungen leben und arbeiten können. Er verpflichtet den IGB dazu, für die uneingeschränkte und wirksame Anwendung des Prinzips der gleichen Bezahlung für gleichwertige Arbeit zu sorgen.

24. Der Kongress ist sich bewusst, dass tief greifende und vielfältige geschlechtsbedingte Diskriminierung überall in der Welt der Arbeit und in der Gesellschaft allgemein nach wie vor eine Realität ist und dass viele Aspekte der Globalisierung dies weiter verschärfen. Der Kongress verpflichtet den IGB daher zu der Sicherstellung, dass in all seine politischen Strategien, Aktivitäten und Programme auf sämtlichen Ebenen eine geschlechtsspezifische Perspektive umfassend und transversal integriert wird. Der Kongress ist sich sicher, dass die künftige Stärke und Dynamik der Gewerkschaftsbewegung davon abhängt, ob Frauen Mitglieder werden und in die Führungsebene aufsteigen, und er fordert den IGB auf, ein Aktionsprogramm zu verabschieden, um die Parität der Geschlechter in den Gewerkschaftsstrukturen und die uneingeschränkte Integration von geschlechtsspezifischen Fragen in die Gewerkschaftspolitik zu fördern und jegliche Diskriminierung, Belästigung oder Missbräuche von Frauen sowie Hindernisse für ihr Vorankommen in der Gewerkschaftsbewegung zu bekämpfen. Der Kongress fordert den IGB dringend auf, sich verstärkt um die Organisation von Frauen in denjenigen Sektoren zu bemühen, in denen sie hauptsächlich arbeiten - unter prekären Bedingungen - bzw. in denen die Gewerkschaften bisher kaum vertreten sind (informelle Tätigkeiten, Freie Exportzonen, Wanderarbeitskräfte und atypische Beschäftigungsformen).

25. Der Kongress verpflichtet sich zum Einsatz für die Achtung der Vielfalt am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft und zur aktiven Förderung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, vor allem am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt. Er unterstreicht die Verantwortung des IGB, gegen Diskriminierung und die ungerechten und häufig ausbeuterischen Arbeits- und Lebensbedingungen der Wanderarbeitskräfte und ihrer Familien weltweit anzugehen. Er fordert den IGB und seine Mitgliedsorganisationen auf, eine aktivere und sichtbarere Rolle bei der Förderung der Rechte und der Gleichbehandlung von Wanderarbeitskräften und im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu spielen. Sie müssen die Öffentlichkeit in Bezug auf den Beitrag, den Migranten, indigene Völker und ethnische Minderheiten zu der Gesellschaft leisten, verstärkt sensibilisieren und dafür sorgen, dass Antiterrormaßnahmen und die Asylpolitik nicht zu Rassismus und Diskriminierung beitragen.

Beendigung von Kinderarbeit

26. Der Kongress verpflichtet den IGB zur Fortsetzung des historischen Kampfes der internationalen Gewerkschaftsbewegung für die Beseitigung von Kinderarbeit und die Gewährleistung, dass alle Kinder zur Schule gehen können. Er weist die Argumente zurück, wonach Kinderarbeit unvermeidlich, wirtschaftlich nützlich, sozial akzeptabel und zum Vorteil der betroffenen Kinder und ihrer Familien sei.

27. Der Kongress fordert den IGB zu Kampagnen gegen Kinderarbeit in all ihren Erscheinungsformen und unter angemessener Berücksichtigung ihrer Ursachen und der damit verbundenen Probleme auf: sowohl in der informellen als auch in der formellen Wirtschaft; durch das allgemeine öffentliche Angebot einer kostenlosen, obligatorischen, qualitativ guten Schulbildung und Zuschüsse zum Familieneinkommen; durch die dauerhafte Sensibilisierung und das Engagement der Öffentlichkeit; durch

Kampagnen für die Ratifizierung der IAO-Übereinkommen 138 und 182 und ihre Einhaltung seitens der Arbeitgeber, auch in ihren Lieferantenketten; sowie durch die Aufrechterhaltung des Drucks auf internationale Organisationen, damit sie gewährleisten, dass die Handels-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der Beseitigung von Kinderarbeit Vorschub leistet, anstatt die Kinder aus den Schulen zu vertreiben und zur Arbeit zu zwingen. Der IGB wird mit nichtstaatlichen Organisationen zusammenarbeiten, die dieselben Ziele verfolgen, mit der Gewerkschaftsanalyse und dem Gewerkschaftsansatz im Bereich Kinderarbeit übereinstimmen. Er wird der Beseitigung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit Priorität einräumen und auf spezifische Formen der Ausbeutung von Mädchen und Jungen abzielen.

Eine menschenwürdige Zukunft für jugendliche Beschäftigte

28. Der Kongress ist sich bewusst, dass die Position jugendlicher Beschäftigter, die die Gegenwart und die Zukunft der Welt verkörpern, generell extrem schwach ist. Der Kongress ist sich auch bewusst, dass der wirksame Umgang mit den Anliegen und Erwartungen jugendlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre umfassende Integration in die Gewerkschaften unerlässlich für die Stärkung, Wiederbelebung, Kreativität und Zukunft der Gewerkschaftsbewegung überall ist. Er verpflichtet den IGB zu einer Kampagne für menschenwürdige Arbeit und qualitativ hochwertige Bildung und Schulung für Jugendliche sowie zur Förderung von Maßnahmen, die auf eine verbesserte Organisation und Vertretung junger Frauen und Männer in den Gewerkschaften abzielen. Der Kongress fordert den IGB auf, politische Strategien und Maßnahmen im Zusammenhang mit Fragen jugendlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu konzipieren und umzusetzen, den Austausch von Erfahrungen auf nationaler Ebene zu unterstützen, jugendliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in seine Kampagnen einzubeziehen und als Katalysator für die Erschließung ihres Potentials für die Gewerkschaftsbewegung zu fungieren.

Gesunde und sichere Arbeitsplätze für alle

29. Der Kongress verpflichtet sich zur Verbesserung der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um zu verhindern, dass weiterhin jedes Jahr mehr als 2 Millionen Frauen und Männer aufgrund von Arbeitsunfällen und arbeitsbedingten Erkrankungen ums Leben kommen. Er fordert die Anerkennung des Zugangs zu sicheren und gesunden Arbeitsplätzen als unveräußerliches Recht aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ist sich bewusst, dass Verletzungen und Erkrankungen durch die Mitwirkung der Beschäftigten und ihrer Vertreter vermindert werden und fordert den IGB auf, nationale und internationale Initiativen von und die Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und Regierungen zu unterstützen, um die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu verbessern.

30. Der IGB wird sich für ein weltweites Verbot der Verwendung von und des Handels mit Asbest; für angemessene, verbesserte Schutzmechanismen für Beschäftigte und Gemeinwesen, die Asbestprodukten ausgesetzt sind oder es sein werden; und für berufliche Umschulungsprogramme für Beschäftigte einsetzen, die durch das Asbestverbot ihren Arbeitsplatz verloren haben. Er wird Maßnahmen ergreifen, um dem Sozialdumping ein Ende zu setzen, das die Folge der Ersetzung sicherer und gesunder Arbeitsplätze in einem Teil der Welt durch gefährlichere in anderen Teilen ist.

31. Der Kongress fordert, den 28. April weltweit als Internationalen Gedenktag für verstorbene und verletzte Beschäftigte anzuerkennen und zu begehen.

32. Der Kongress ist überzeugt, dass der Arbeitsplatz maßgeblich für den Kampf gegen die HIV/Aids-Pandemie ist und verpflichtet den IGB zum Einsatz für nachdrückliche und wirksame Maßnahmen, um HIV und Aids zu verhindern, unter Kontrolle zu bringen und letztendlich zu beseitigen. Dies muss Maßnahmen zur Verhinderung und Bestrafung einer Diskriminierung aufgrund einer HIV-Infektion; freiwillige, vertrauliche Tests und Beratungen; sowie die Pflege, Unterstützung und Behandlung derjenigen, die HIV-positiv sind, ihrer Familien und der Gemeinwesen, in denen sie leben, beinhalten. Der IGB wird zu gewerkschaftlichen Bildungsmaßnahmen in Bezug auf HIV/Aids anregen und sich für eine gerechte Verteilung lebensrettender Medikamente und den allgemeinen Zugang dazu einsetzen.

Die Internationale Arbeitsorganisation als globaler Bezugspunkt

33. Der Kongress bekräftigt erneut seine nachdrückliche Unterstützung der Internationalen Arbeitsorganisation bei der Erfüllung ihres ständigen historischen Mandats für die Förderung von sozialer Gerechtigkeit und der Rechte und Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit. Er verpflichtet den IGB über die IAO-Arbeitnehmergruppe zur Stärkung der IAO, zur Ausweitung der Beteiligung von Frauen daran und zur Erhöhung der Wirksamkeit ihrer Arbeit.

34. Der Kongress unterstützt die IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit - Umsetzung internationaler Arbeitsnormen, politische Strategien zur Erreichung von Vollbeschäftigung, sozialer Schutz und sozialer Dialog -, durch die die Organisation ihre Position und Sichtbarkeit erhöht hat, und er fordert den IGB auf, sich umfassend an ihrer konkreten Umsetzung zu beteiligen.

35. Der Kongress erinnert daran, dass das Setzen und die Überwachung internationaler Arbeitsnormen weiterhin die Hauptaufgabe der IAO ist. Er fordert den IGB auf, sich aktiv an allen Initiativen zur Stärkung der normenbezogenen Arbeit der IAO zu beteiligen und sich gegen diejenigen zu stellen, deren eigentliche Absicht darauf gerichtet ist, sie zu politisieren und zu schwächen.

36. Der Kongress betont, dass die Dreigliedrigkeit den wichtigsten komparativen Vorteil der IAO darstellt und fordert den IGB auf, dafür zu sorgen, dass die Dreigliedrigkeit das zentrale Merkmal ihrer Aktivitäten und Strukturen bleibt.

37. Der Kongress begrüßt die Gelegenheit, die sich durch den Bericht der Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung für die internationale Gemeinschaft bietet, um sich im Rahmen der Verpflichtung der IAO zu sozialer Gerechtigkeit und den Arbeitnehmerrechten mit der Globalisierung auseinander zu setzen. Er verpflichtet den IGB zum Einsatz für die Gewährleistung, dass diese Gelegenheit nicht vertan wird und dass alle betroffenen internationalen Organisationen, vor allem die WTO, die Weltbank und der IWF, gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um die Empfehlungen der Kommission umzusetzen und für eine verbesserte internationale politische Kohärenz zu sorgen, die erforderlich ist für einen fairen und niemanden ausgrenzenden Globalisierungsprozess. In diesem Zusammenhang betont der Kongress die dringende Notwendigkeit, ein wirksames Kooperationsprogramm zwischen der IAO und der WTO bezüglich des Verhältnisses zwischen Handel, Normen und anderen sozialen und beschäftigungspolitischen Fragen einzuführen sowie für eine verbesserte Interaktion mit den Bretton-Woods-Institutionen zu sorgen.

Frieden, Sicherheit und die Vereinten Nationen

38. Der Kongress bekräftigt erneut die Verpflichtung des IGB, eine friedliche und sichere Welt herbeizuführen, in der die Menschen aller Länder in gegenseitiger Achtung und Toleranz miteinander leben, ohne die Gefahr von bewaffneten Konflikten, Terror - seitens staatlicher oder nichtstaatlicher Akteure - oder anderen Formen von Gewalt. Frieden ist eine Vorbedingung für das Erreichen der Gewerkschaftsziele.

39. Der Kongress lehnt Unilateralismus in internationalen Fragen ab und verpflichtet den IGB zu jeder möglichen Unterstützung der tragenden Rolle der Vereinten Nationen bei der Wahrung von Frieden und der friedlichen Beilegung von Konflikten. Er verurteilt den Beschluss aus dem Jahr 2003, den Krieg im Irak ohne ausdrückliche Genehmigung der UN zu beginnen und fordert eine Rolle für die UN, um die Besatzung dieses Landes zu beenden.

40. Der Kongress fordert die Reform und Stärkung des internationalen Systems als Instrument zur Förderung von Frieden, Sicherheit und Entwicklung. Dies sollte gestärkte und demokratischere Vereinte Nationen und die Einrichtung eines UN-Sicherheitsrates für wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen beinhalten. Der jüngste Konflikt zwischen Israel und dem Libanon macht deutlich, wie wichtig es für die internationale Gemeinschaft ist, im Rahmen des multilateralen Systems der UN und der Rechtsstaatlichkeit entschiedene Maßnahmen ergreifen zu können, um auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung relevanter UN-Resolutionen angemessene und rasche Lösungen zu finden.

41. Der Kongress verurteilt zudem Terrorismus in all seinen Formen und unter welchem Vorwand auch immer, ebenso wie die von einigen Staaten verteidigte und praktizierte Politik des "Präventivkrieges" und der "selektiven Morde". Er fordert den IGB auf, sich dafür einzusetzen, dass Antiterrormaßnahmen nicht zu Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung beitragen oder hart erkämpfte demokratische Rechte untergraben.

42. Der Kongress ist sich bewusst, dass Konflikte ihren Ursprung häufig in Armut, Ungleichheit, Verletzungen der Menschenrechte einschließlich der Arbeitnehmerrechte, fehlenden menschenwürdigen Arbeitsplätzen, Korruption und schlechter Regierungsführung haben und dass die Gewerkschaften durch ihren Kampf für Solidarität und soziale Gerechtigkeit in bedeutender Weise zur Friedenssicherung beitragen können. Er begrüßt die Rolle, die die Gewerkschaften häufig bei der Förderung von Toleranz, Rücksichtnahme und Kooperation unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über Konflikte hinweg gespielt haben und fordert den IGB auf, derartige Initiativen und das Verständnis zwischen verschiedenen Kulturen zu unterstützen und zu fördern.

43. Der Kongress erklärt, dass ein umfassender Frieden zwischen Israel und Palästina auf der Grundlage der Existenz zweier souveräner, unabhängiger und existenzfähiger Staaten erneute internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung erfordert und höchste Priorität haben sollte.

44. Der Kongress fordert alle Länder auf, sich für die schnellstmögliche Erreichung einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen und die Umwandlung von Kriegswirtschaften in Friedenswirtschaften einzusetzen. Er fordert eine beträchtliche Kürzung der Militärausgaben, die dringenden Entwicklungsbedürfnissen und notwendigen Diensten Ressourcen entziehen und ruft zu neuen Initiativen zur Regulierung und Kontrolle der weltweiten Waffenproduktion und des weltweiten Waffenhandels auf.

45. Der Kongress begrüßt die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes und der Internationalen Kriegsverbrechertribunale und befürwortet weitere Maßnahmen zur Ausweitung der tatsächlichen Zuständigkeit der internationalen Justiz.

Organisierung

46. Der Kongress betont, wie dringend notwendig es heute mehr denn je ist, dass sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisieren. Die Vorteile einer Gewerkschaftsmitgliedschaft waren noch nie so zahlreich oder wichtig wie heute. Die Organisierung der Beschäftigten ist und bleibt die fundamentale Aufgabe und die größte Herausforderung für alle IGB-Mitgliedsorganisationen, wobei frei ausgehandelte Tarifverträge das wichtigste Mittel darstellen, um die Forderungen ihrer Mitglieder zu erfüllen. Da die Organisierungsarbeit in der globalisierten Wirtschaft in zunehmendem Maße eine internationale Dimension erhält, fordert der Kongress den IGB auf, in enger Zusammenarbeit mit den GUF die Organisierungsarbeit der Mitgliedsorganisationen und den Ausbau ihrer Kapazitäten so weit wie möglich zu unterstützen.

47. Die Organisierung bildet das Fundament für die Stärke und den Einfluss der Gewerkschaften und die Grundlage, auf der die globale Gewerkschaftsbewegung eine wirkliche Gegenmacht in der globalen Wirtschaft darstellen kann.

48. Der Kongress erklärt, dass Solidarität bedeutet, dass die Gewerkschaften auch den Unorganisierten die Möglichkeit einer Gewerkschaftsmitgliedschaft anbieten und dass sie alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihren jeweiligen Tätigkeitsbereichen organisieren sollten, einschließlich der vielen Millionen, die auf informeller Grundlage, in nichttraditionellen oder atypischen Situationen arbeiten, wie etwa Teilzeit- oder befristet Beschäftigte. Dies muss mit einer erneuten Verpflichtung dazu einhergehen, die Vielfalt der Gewerkschaftsmitglieder widerzuspiegeln und Frauen und Jugendliche zu organisieren.

49. Der Kongress ist sich bewusst, dass die Gewerkschaftsbildung ein wichtiges Instrument für den Kapazitätenausbau der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder ist, damit sie ihre Organisationen verbessern und stärken und eine konstruktive, sinnvolle und kreative Rolle am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft spielen können. Der Kongress fordert den IGB auf, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und seine Mitgliedsorganisationen, vor allem in Entwicklungsländern, durch internationale Bildungsprogramme zu stärken. Diese Programme sollten die wichtigsten Aktionsbereiche des IGB widerspiegeln und ein integraler Bestandteil seiner Strategie zur Auseinandersetzung mit dem derzeitigen Globalisierungsprozess sein.

50. In diesem Zusammenhang ist die gewerkschaftliche Entwicklungszusammenarbeit von entscheidender Bedeutung. Der Kongress fordert den IGB daher auf, mehr Ressourcen für die Entwicklungszusammenarbeit zu mobilisieren und dafür zu sorgen, dass sie in wirksamer und transparenter Weise im Rahmen einer vereinbarten globalen Strategie verwaltet werden. Er wird die spezifische Verantwortung für die Formulierung der Politik, den Informationsaustausch und die Koordination tragen und gleichzeitig für die uneingeschränkte Integration geschlechtsspezifischer Perspektiven sorgen. Der Kongress fordert alle Gewerkschaftsakteure zu Kooperation und Offenheit auf, um zur Erreichung dieses Ziels beizutragen.

51. Der Kongress fordert den IGB auf, die Entwicklungspolitik der Industrieländer sowie regionaler und internationaler Institutionen zu beeinflussen, damit sie die Ge-

werkschaftsziele widerspiegelt und die Gewerkschaften als Entwicklungspartner angemessen einbezogen werden.

52. Der Kongress weist den IGB an, der Unterrichtung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ihre Rechte Priorität einzuräumen. Die Vermittlung von Kenntnissen und Informationen über die Gewerkschaftsrechte mittels Bildungsmaßnahmen ist eine wesentliche Komponente des Einsatzes für ihre uneingeschränkte Achtung.

53. Der Kongress ist überzeugt, dass das Engagement der IGB-Mitgliedsorganisationen für die Finanzierung der internationalen Solidarität groß ist und dass eine wichtige Aufgabe des IGB darin besteht, für einen wirksamen Mechanismus für das Angebot von internationaler Solidarität zu sorgen. Der Solidaritätsfonds des IGB ist ein Mittel zum Schutz von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern vor Unterdrückung sowie zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation, Mitgliederwerbung und Mitgliederstände, auf der Grundlage klar definierter und vereinbarter Ziele mit einer genauen Berichterstattung über die Ergebnisse der Mittelverwendung. Der Kongress appelliert an alle Mitgliedsorganisationen, Beiträge zu dem Solidaritätsfonds zu leisten.

54. Der Kongress fordert den IGB auf, Arbeitsmethoden und -praktiken einzuführen und kontinuierlich zu überprüfen, damit er sich in einer so guten Position wie möglich befindet, um den Herausforderungen für die Gewerkschaften weltweit zu begegnen und dieses Arbeitsprogramm umzusetzen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der IGB von Beginn an eng und systematisch mit anderen Organisationen in der demokratischen internationalen Gewerkschaftsbewegung zusammenarbeitet und in ständigem Kontakt mit seinen Mitgliedsorganisationen steht. Der Kongress fordert ihn ferner auf, mit politischen Gruppierungen und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft mit denselben Werten und Zielen zusammenzuarbeiten und seine Kapazitäten hinsichtlich der Einleitung und Verfolgung globaler Kampagnen auszubauen, damit breite Unterstützung in der Öffentlichkeit mobilisiert werden kann. Eine derartige Zusammenarbeit muss auf der Unabhängigkeit und Aktionsfreiheit der Gewerkschaftsbewegung basieren.

Der neue Internationalismus

55. Der Kongress verpflichtet sich feierlich, den IGB zum Instrument eines neuen gewerkschaftlichen Internationalismus zum Nutzen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu machen. Er fordert alle Mitgliedsorganisationen auf, ihre Solidarität und ihren Einfluss gemeinsam für eine bessere Zukunft in einer gerechteren Welt einzusetzen.